

# Mit weniger Berufsschulen zu mehr Ausbildungsgerechtigkeit?

Anmerkungen zum „Referentenentwurf zur Schulentwicklungsplanung der berufsbildenden Schulen 2013“ des SPD-Senats

„Es wird nie so viel gelogen wie vor Wahlen und nach Treibjagden.“ Ein schönes Beispiel für diesen Spruch Bismarcks ist die Ausbildungsgarantie des SPD-Senats. Die SPD hat vor den Wahlen in ihrem „Regierungsprogramm“ vollmundig versprochen:

„Alle Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der allgemein bildenden Schulzeit ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Erwachsenen in Hamburg entweder das Abitur machen oder eine klassische Berufsausbildung absolvieren.“

## Schulabgängerbefragung

Das hört sich gut an. Wie nötig das ist, zeigen die auf Drängen der Linksfraktion von der Schulbehörde durchgeführten Schulabgängerbefragungen. Danach hatten am Ende des Schuljahrs

2012 nur 17 % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger aus den Klassen 9 und 10 einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen und 7 % hatten immerhin einen Ausbildungsplatz in einem vollqualifizierenden schulischen Ausbildungsgang erhalten, aber fast 63 % waren in Warteschleifen (wie die Ausbildungsvorbereitung) gelandet (siehe Abbildung 1).

## Berufsschul-Schrumpfungsplan trotz unveränderter Schulabgängerzahlen

Man möchte nun meinen, dass der SPD-Senat irgendwelche Anstrengungen unternimmt, um sein Versprechen der Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einzulösen. Davon ist nichts zu sehen. Im Gegenteil. Im „Referentenentwurf zur Schulentwicklungsplanung der berufsbildenden Schulen 2013“, den der

SPD-Senat mit halbjähriger Verspätung kurz vor den Sommerferien 2013 vorgelegt hat, wird ein schrumpfendes Berufsschulwesen geplant. Insgesamt will der Senat die Fläche der Berufsbildenden Schulen um 11,3 % verkleinern (so in einer Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion 20/8407 „Worauf basiert der Berufsschul-Schrumpfungsplan?“). Dies muss umso mehr irritieren, als für die kommenden Jahre bis 2020 von nahezu unveränderten Schulabgängerzahlen ausgegangen wird. Sie haben seit dem Jahr 2000 – mit Ausnahme des Jahres 2010 mit dem doppelten Abiturientenjahrgang – immer um 15.000 AbsolventInnen geschwankt (siehe Abbildung 2).

Zu fragen ist: Wie will der SPD-Senat die Berufsbildenden Schulen um über 10 % verkleinern, obwohl die Schulabgängerzahlen nicht zurückgehen werden und obwohl er sogar noch eine Ausbildungsgarantie, also erheblich mehr BerufsschülerInnen, versprochen hat?

Die Antwort ist: Dies geht nur, indem ein ganzer Ausbildungsgang abgeschafft und indem das Ausbildungsversprechen gebrochen wird. Dies soll im Folgenden eingehender dargestellt werden.

## „Austrocknen“ der teilqualifizierenden Berufsfachschulen

1) Die **teilqualifizierenden Berufsfachschulen** werden weitgehend abgeschafft. In Spitzenzeiten (im Jahre 2004) sind hier über 8.100 Jugendliche zur

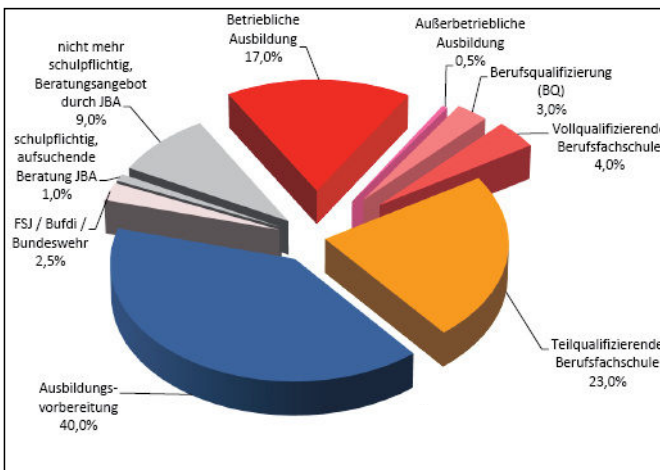


Abbildung 1: Verbleib der Schulabgänger\_innen 2012 in Prozent (Quelle: Schulbehörde Hamburg)

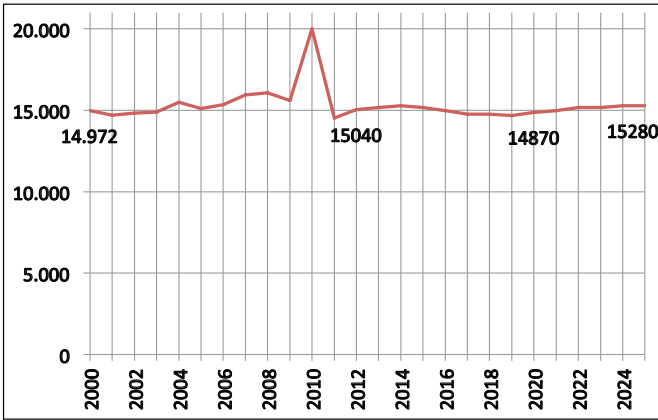


Abbildung 2: Absolventinnen und Absolventen der allgemein bildenden Schulen, Hamburg, 2000 bis 2025 (Quelle: Schulbehörde, ab 2013 Prognosezahlen)

Schule gegangen. Im Zieljahr 2020 sollen es nur noch 667 sein (siehe Abbildung 3).

Der SPD-Senat begründet diesen Kahlschlag damit, dass es sich bei teilqualifizierenden Berufsfachschulen um Warteschleifen handelt und in der „Reform der beruflichen Bildung“ Anfang 2011 alle Parteien beschlossen hätten, dass Warteschleifen abgebaut werden sollten. Damit hat der SPD-Senat insofern Recht, als teilqualifizierende Berufsfachschulen nicht zu einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (wie Bürokaufmann/frau, Maler\_in usw.) führen. Allerdings waren teilqualifizierende Berufsfachschulen für viele Jugendliche interessant, weil sie hier einen höherwertigen Schulabschluss (für Jugendliche mit Hauptschulabschluss zum Beispiel den Realschulabschluss) und durch eine berufliche Teilqualifizierung verbesserte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt erwerben konnten. Eben deshalb heißt diese Schulform „teilqualifizierende“ Berufsfachschule. Im Interesse der Jugendlichen wäre es, die teilqualifizierenden zu vollqualifizierenden Berufsfachschulen auszubauen, indem man an die zwei Jahre noch ein drittes Jahr anhängt. Das wäre

allemaal besser als die Berufsvorbereitungsmaßnahmen. Aber dies wagt der Senat nicht, weil die „Nebenregierung“ Handelskammer dagegen ist und weil dies mehr Flächen und Lehrkräfte erfordern würde.

Die „Berufsvorbereitung ist eine Warteschleife, die – im Gegensatz zu den teilqualifizierenden Berufsfachschulen – keine höheren Schulabschlüsse und keine Teilqualifizierung vermitteln. Wenn schon Warteschleifen abgebaut werden sollen, dann gehörten diese zuerst abgeschafft. Aber gerade diese Schulform will der SPD-Senat wie-

der ausbauen (siehe Abbildung 3). Der Grund ist einfach: Die teilqualifizierenden Berufsfachschulen dauern in der Regel zwei Jahre, die Berufsvorbereitung nur ein Jahr. Dadurch kann man also viele Flächen und Lehrkräfte an Berufsbildenden Schulen „einsparen“.

### Keine Ausbildungsgarantie

2) Wenn der SPD-Senat sein Versprechen der **Ausbildungs-garantie** wahr machen wollte und mehr als 17 % der Schulabgänger\_innen einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten sollen, dann müsste er gegenüber heute von einer deutlich höheren Zahl von Auszubildenden (= Berufsschüler\_innen) ausgehen. Tatsächlich plant der SPD-Senat aber nichts bzw. will alles beim alten belassen. Die Zahl der Berufsschüler\_innen insgesamt aus allen Ausbildungsjahren soll mit 37.332 im Jahr 2012 und 37.656 im Jahr 2020 nahezu stagnieren (siehe Abbildung 4).

Diese Planung wird weitreichende Konsequenzen haben. Denn so wird die Ausbildungsmisere zementiert, wie sie in der Schulabgängerbefragung zum Ausdruck kommt. Jugendliche werden sich weiterhin fragen,

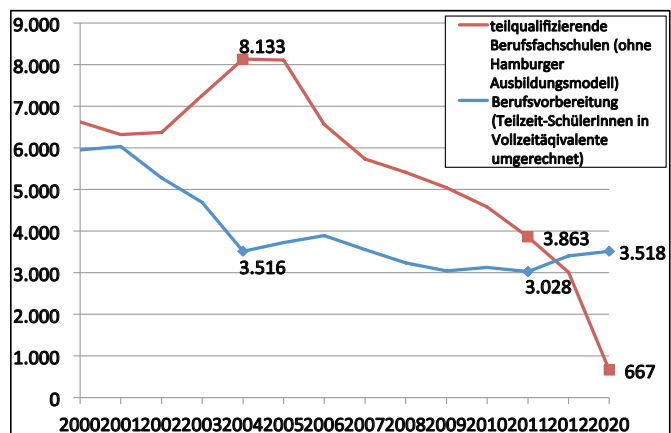


Abbildung 3: Schüler\_innen in teilqualifizierenden Berufsfachschulen und in Berufsvorbereitungsmaßnahmen 2000 – 2012 und im Prognosejahr 2020 (Quelle: Große Anfrage der Linksfraktion Hamburg Drs. 20/8350 „Schulentwicklungsplan berufliche Schulen nicht im Plan?“)

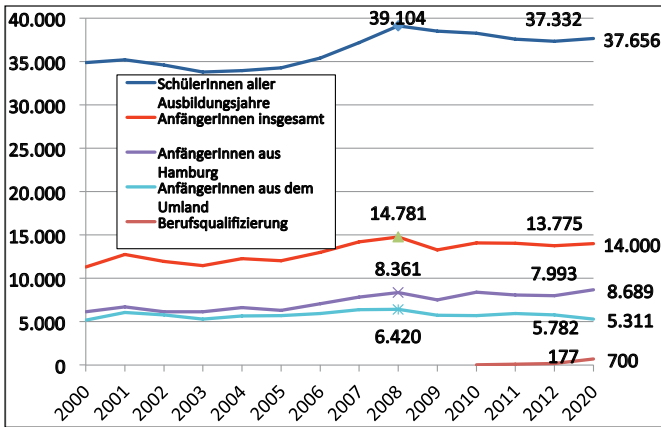


Abbildung 4: Schüler\_innen insgesamt und Anfänger\_innen in Berufsschulen aus Hamburg und dem Umland 2000 – 2012 und im Prognosejahr 2020 (Quelle: Große Anfrage der Linksfraktion Hamburg Drs. 20/8350 „Schulentwicklungsplan berufliche Schulen nicht im Plan?“)

warum sie sich in der Schule anstrengen sollen, wenn sie ohnehin kaum eine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Lehrkräfte werden sich fragen, wie sie ihre Schüler\_innen motivieren können und welchen Sinn eine Berufsorientierung hat, wenn die Orientierung vor allem auf Warteschleifen wie die Berufsvorbereitung besteht.

Ein beliebtes Argument für diese Politik des Nichtstuns ist der „demografische Wandel“. Das Märchen geht so: Der Senat brauche nichts zu tun für die Ausbildungsgarantie, weil zukünftig erheblich weniger Jugendliche aus dem Umland auf den Ausbildungsmarkt in Hamburg strömen und dadurch Hamburger Jugendliche wieder mehr Ausbildungsplätze bekämen. Abbildung 4 zeigt, dass daran selbst der Senat nicht glaubt. Denn nach den Prognosen der Schulbehörde soll die Zahl der Anfänger\_innen aus dem Umland von 2012 bis 2020 lediglich von 5.782 auf 5.311 zurückgehen. Umgekehrt soll im selben Zeitraum die Zahl der Anfänger\_innen aus Hamburg von 7.993 auf 8.689 steigen. Das heißt, durch den „demografischen Wandel“ werden nach dieser Prognose nur 696 Jugendliche mehr einen

Ausbildungsplatz erhalten.

Man kann es nicht deutlich genug sagen: Wenn der SPD-Senat sein Versprechen der Ausbildungsgarantie ernst nehmen wollte, dann müsste er vor allem das weitgehend unbekannte Hamburger Ausbildungsmodell beträchtlich ausbauen. Das Hamburger Ausbildungsmodell sieht im 1. Ausbildungsjahr eine Berufsqualifizierung (BQ) in einer einjährigen Berufsfachschule vor. Angeboten werden anerkannte Ausbildungsberufe wie Kraftfahrzeug-Mechatroniker/in, Elektroniker/in, Bürokaufmann/frau und Kaufmann/frau für Bürokommunikation. Im 2. Ausbildungsjahr sollen die Jugendlichen nach Möglichkeit in eine betriebliche Berufsausbildung wechseln, ansonsten können sie die Ausbildung in einer trägergestützten Berufsausbildung fortsetzen. Dies ist in der Theorie ein akzeptables Konzept. In den Genuss dieses Konzepts sind indessen bisher nur verschwindend wenig Jugendliche gekommen. So haben im Schuljahr 2012/13 nur ca. 180 Jugendliche einen Ausbildungsplatz im Hamburger Ausbildungsmodell erhalten. Die geplanten 700 Anfänger\_innen im Jahr 2020 sind viel zu wenig,

wenn der SPD-Senat sein Ausbildungsverprechen einlösen wollte.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das weitgehende „Austrocknen“ der teilqualifizierenden Berufsfachschulen bei Konstanthaltung der niedrigen Berufsschüler\_innenzahlen es dem SPD-Senat erlaubt, die Fläche und die Zahl der Berufsbildenden Schulen zu verkleinern. Durch den Verkauf frei werdender Immobilien kann er so den Schulbau mit finanzieren, der über Jahrzehnte vernachlässigt worden ist.

### „Drastischer Rückgang der Schülerzahlen?“

Da der SPD-Senat merkt, dass seine Begründungen für das schrumpfende Berufsschulwesen auf wackeligen Beinen stehen, hat Schulsenator Rabe nun ein Hilfsargument eingeführt. So schreibt die MoPo am 12.06.13 über die Pressekonferenz, auf der die Schulbehörde den Schulentwicklungsplan vorstellte: „Die Behörde reagiert mit dem Schulentwicklungsplan für berufsbildende Schulen auf einen drastischen Rückgang der Schülerzahlen.“ Und NDR 90,3 zitiert Schulsenator Rabe mit den Worten: „Die Schülerzahl ist gemessen an 1985 deutlich zurückgegangen von 75.000 auf 55.000.“

Dies ist eine typische Halbwahrheit. Die ganze Wahrheit ist, dass die Schulbehörde darauf bereits in der Vergangenheit „jeweils im Rahmen der jährlichen Schulorganisation reagiert“ hat,

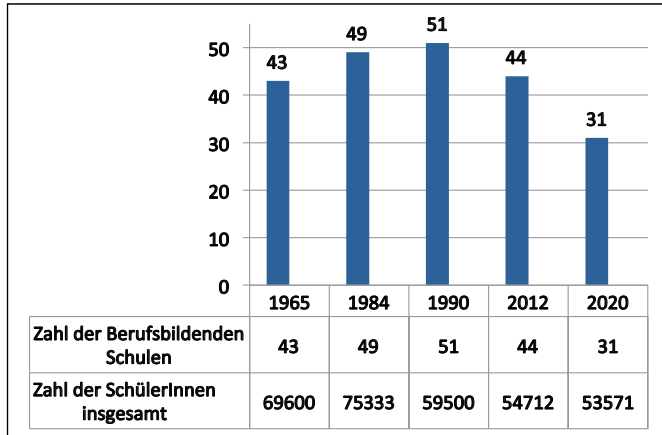
### Betroffene diskutieren

Die Fachgruppen Handel und Gewerbe laden ein: **Am 18. September um 16:30 Uhr** Curio-Haus, Rm A unter dem Motto: „Problemloses Zusammenwachsen? – Mitbestimmung, Gestaltungsmöglichkeiten und Unterstützung.“

wie der Senat in einer Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion zugeben musste (siehe Abbildung 5).

### Die Berufsschule als „mittelständischer Betrieb“

Der Schulentwicklungsplan wird nicht nur zu weniger Berufsbildenden Schulen und weniger Ausbildungsgerechtigkeit, er wird auch zu weniger Schuldemokratie und Pädagogik führen. So ist ganz nebenbei vorgesehen, die unter dem CDU-Senat begonnene Stärkung der Schulleitung fortzusetzen und eine Verwaltungsleitung einzusetzen. Die Stärkung der Schulleitung erinnert an vordemokratische Zeiten. Nach der Novemberrevolution 1918 wurde die „autoritäre Schulleitung“ in Hamburg abgelöst durch die kollegiale Schulleitung. Nun erleben wir die schrittweise Rückkehr zu dieser „autoritären Schulleitung“. Zu befürchten ist, dass die



**Abbildung 5: Zahl der Berufsbildenden Schulen in Hamburg 1965 - 2012 und für das Prognose 2020 (Quellen: Doose u.a. (Hg.), 150 Jahre Berufliche Schulen. Hamburg 1990 sowie Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion Hamburg, Drs. 20/8407)**

neue Stelle einer Verwaltungsleitung, die die Schulen aus ihrem eigenen Budget finanzieren müssen, einen weiteren Schritt in Richtung Kommerzialisierung und Privatisierung des Schulwesens darstellt. Wie heißt es

dazu im Schulentwicklungsplan: „Eine große Schule gleicht ... einem mittelständischen Betrieb.“

KAY BEIDERWIEDEN  
Referent in der Bürgerschaft

## 300 „Trauergäste“ gegen die Abwicklung der beruflichen Schule Uferstrasse (W2)



Mehr als 300 „Trauergäste“ protestierten am 4.9.13 gegen die von der Bildungsbehörde geplante Abwicklung der beruflichen Schule Uferstraße (W2) mit einem Trauermarsch um die Schule herum und einer symbolischen Versenkung der Inklusion im Kanal.

Die W2 ist eine einmalige Schule mit Vorbildcharakter in Hamburg. Der Schulentwicklungsplan (SEPL) sieht nun vor, dass die W2 in ihrer langjährig gewachsenen und bewährten Struktur aufgelöst wird. Insbesondere die dort gelebte Inklusion würde somit zerstört werden. Im Rahmen einer Protestaktion wird die Inklusion nun im Rahmen der GEW Aktionstage

„Baustelle Bildung“ symbolisch im Kanal versenkt.

„Mit der Aktion ‚SEPL versenkt die Inklusion‘ protestierten die Schüler\_innen und das Kollegium gegen die Planungen des Hamburger Senats, die Schule mit einer Nachbarschule zu einem Schulzentrum für Sozialpädagogik zu fusionieren und die Kernbildungsgänge auszulagern. Gegen die Fusionierung spricht, dass das selbstverständliche Zusammenleben von behinderten und nicht-behinderten Schüler\_innen, das seit Jahren gelebter Schulalltag ist, gefährdet wird, wenn künftig nur noch die Schüler\_innen, die zu Erzieher- und Sozialpädagog\_innen ausgebildet werden, zusammen mit Schüler\_innen mit Behinderung an einer Schule sein würden,“ so Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Aktueller Anlass der Protestaktion war, dass die Beruflichen Schulen Hamburgs bis zum 6. September 2013 zu diesen Plänen der Schulbehörde Stellung nehmen konnten, ehe die Deputation über die Verabschiedung des SEPL entscheidet.